

«BESSER STATT MEHR», UND ZWAR «FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE»

GESPRÄCH ÜBER POSTWACHSTUM UND POLITIK

Pascal Zwicky: Vor dem Hintergrund der vielfältigen und existenziellen sozial-ökologischen Krise wird vor allem in der wissenschaftlichen und aktivistischen Debatte seit einiger Zeit schon über Postwachstum und Postwachstumsgesellschaften gesprochen. Wir möchten dieses Konzept im Gespräch einem (real-)politischen Eignungstest unterziehen. In diesem Sinne: Mattea, war das knappe Nein zum CO₂-Gesetz am 13. Juni ein Nein zu einer Postwachstumsgesellschaft?

Mattea Meyer: Es war ein Nein, das sehr bedauerlich ist, weil die Klimakrise mit diesem Nein ja nicht vom Tisch ist. Im Gegenteil. Wir sind nach wie vor gezwungen, Massnahmen zu ergreifen. Ich würde es aber nicht als Nein zu einer Postwachstumsgesellschaft deuten. Es war auch ein Nein von Leuten, die sich fragten, weshalb sie nun einen Beitrag leisten müssen, indem sie mehr für ihr Auto bezahlen müssen, während die Banken am Paradeplatz nach wie vor in grosser Manier die Umwelt zerstören können, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Diese Kritik kann ich sehr gut nachvollziehen. Das Problem in dieser Debatte war schon auch, dass wir über Rappen diskutiert haben und nicht über die Milliarden, die jetzt für Umweltzerstörung verschwendet werden. Dieses Geld müsste aber zwingend für Umweltschutzmassnahmen verwendet werden. Da ist es auch auf unserer Seite nicht gelungen, die Grundsatzfrage zu stellen, ob wir weiterhin diesen Planeten kaputt machen wollen – oder aber auf einen auch für zukünftige Generationen lebenswerten Planeten hinarbeiten.

Balthasar Glättli: Ich denke auch, dass das Nein sicherlich kein Nein zu irgendwelchen Postwachstumsperspektiven ist. Die Systemfrage würde überhaupt nicht

gestellt in diesem Abstimmungskampf. Das bleibt jetzt unsere Aufgabe, wenn es nicht nur um ganz konkrete Massnahmen geht, sondern um die Perspektive einer öko-sozialen Politik. Für mich persönlich ist Postwachstum ein sehr wichtiger Kritikansatz, etwas, das mich auch in die Politik und zu den Grünen gebracht hat. Aber ich glaube, Kritik alleine reicht nicht, man muss dann auch ein positives Ziel benennen. Und das fehlt, solange man nur darüber spricht, was man hinter sich lassen will.

Mattea Meyer: Was beim CO₂-Gesetz ja absurderweise der Fall war: Die SVP hat das Gesetz in ihrer Kampagne zu einer Klassenfrage gemacht. Sie haben Plakate gedruckt mit «Nur noch Fliegen oder Autofahren für die Reichen?». Also gerade die Partei, die sich ansonsten überhaupt nicht darum schert, ob und wie die Leute ihre Mieten oder Krankenkassenprämien bezahlen können.

Balthasar Glättli: Tatsächlich konnte die Rechte diese Abstimmung nur mit einem linken Narrativ gewinnen. Das ist gut für uns, weil wir wissen, dass dieses Narrativ stark ist. Aber es ist gleichzeitig auch höchstgefährlich, wenn von rechts, aus nationalistischer und ausgrenzender Sicht, Bruchstücke des linken Narrativs pervertiert werden für Ziele, die den Menschen nichts nützen. Am Ursprung der modernen Umweltbewegung stand ja diese Thematik der Grenzen des Wachstums und dort entstand auch dieses Gleichmacherbild «Wir sitzen alle im selben Boot». Natürlich ist das so, aber gleichzeitig stimmt auch, wie das Enzensberger schon in den 68er-Jahren gesagt hat: Die einen stehen auf der Kapitänsbrücke und die andern malochen im Maschinenraum. Diese beiden Dimensionen muss man gemeinsam denken, und die Klimabewegung hat dafür auch ein Stichwort: Klimagerechtigkeit.

POSTWACHSTUM – WAS HEISST DAS?

Pascal Zwicky: Ich schlage vor, dass wir nochmals einen Schritt zurück machen und uns den Postwachstumsbegriff etwas genauer anschauen. In meinem Verständnis ist Postwachstum ein vages, aber doch klar normatives Konzept, das die Kritik am Status quo mit Visionen einer alternativen Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft verbindet. Was heisst für euch Postwachstum – und wie lässt sich das auch politisch umsetzen?

Mattea Meyer: Damit ich diese Frage, auch für mich, beantworten kann, braucht es eine Analyse des Ist-Zustands, also dessen, was man nicht mehr will. Wir haben eine kapitalistische Wirtschaftsweise, die auf Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und von Menschen basiert, insbesondere auch im globalen Süden. Auch auf Ausbeutung unbezahlter Arbeit, die nach wie vor grösstenteils von Frauen geleistet wird. Es ist eine Wirtschaftsweise, die nach dem Prinzip «Geld macht Geld» funk-

tioniert und auf einem Wachstumszwang, der sich auch in unseren Alltag gefressen hat. Ich mag mich an den Wirtschaftsunterricht in meiner Schule erinnern. Da haben wir gelernt, dass ein Autounfall zum Wirtschaftswachstum beiträgt, weil es Medikamente für die verletzte Person braucht und das Auto repariert oder ersetzt werden muss. Unbezahlte Kinderbetreuung trägt hingegen nicht zum Wirtschaftswachstum bei. Etwas Negatives, was zerstört, trägt angeblich zu unserem Wohlstand bei, und das Sorgetragen zählt nicht. Ich war damals noch nicht politisch aktiv, aber es war mir klar, dass so ein System völlig absurd ist. Aus dieser Schlussfolgerung ergibt sich dann die Vision einer anderen Zukunft. Eine Zukunft, in der die Menschen frei leben können – und das bedeutet, ohne Existenzängste, das bedeutet aber auch, auf einem intakten Planeten. Das heisst im Umkehrschluss auch, dass wir nichts anderes tun können, als einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaftsweise voranzutreiben, die eben nicht mehr auf dieser Ausbeutung basiert, sondern die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt.

Balthasar Glättli: Wenn man Postwachstum definiert, muss man ja zuerst einmal sagen, was Wachstum ist. Ich sehe im Moment zwei kritische Ansätze, die sich ergänzen: Das eine ist die altbekannte Kritik am Konzept des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Robert Kennedy hat damit Wahlkampf gemacht – und das ist doch schon ein paar Jahrzehnte her. Bereits damals und selbst im Wirtschaftswunder-Amerika war also klar, dass es andere Ziele als Wirtschaftswachstum geben muss. In der Wirtschaftswissenschaft ist es ja eigentlich unbestritten, dass das BIP kein brauchbarer Leitstern für Wohlstand ist. Dieses BIP-Wachstum ist ein derart falscher Massstab, das selbst die Forderung, es müsse sinken, falsch ist. Wir können das BIP morgen verdoppeln, wenn wir alle unbezahlte Arbeit bezahlen. Das BIP bemisst ja, wie ausgedehnt die direkte kapitalistische Beziehung, die Verwertung auf Geldbasis, in einer Gesellschaft ist. Wie viel formelle, wie viel informelle Ökonomie, so könnte man auch sagen. Auf dieser Basis lässt sich nicht sinnvoll über Wohlstand sprechen. Die Frage ist, wie wir Wohlstand ohne Wachstum schaffen und wie wir Wohlstand anders definieren können.

Der zweite und ebenfalls wichtige Punkt betrifft die Materialisierung des Wachstums. Auch innerhalb der Linken wird diskutiert, inwieweit eine Entmaterialisierung des Wachstums möglich ist. Ich bin der Ansicht, dass die absolute Entkopplung eine Illusion ist und wir deshalb nicht darum herumkommen, auch über Grenzen des Materiellen zu sprechen. Dafür gibt es verschiedene Konzepte, zum Beispiel die *Donut-Ökonomie*, auf die sich die Jungen Grünen in ihrer Umweltverantwortungsinitiative beziehen, oder *Buen vivir*, das stärker das Zielbild einer guten Gesellschaft ins Zentrum stellt. Das ist für mich eigentlich das Wichtigste: Postwachstum, Wachstumskritik ist eine wichtige Analysekategorie – aber es nimmt uns nicht die Arbeit ab, zu definieren, wohin denn die Reise gehen soll.

Pascal Zwicky: Was das «gute Leben» ist, das ist ja eben eine Definitionsfrage. Das historische Versprechen der Sozialdemokratie war und ist die Teilhabe am Wohlstand. Das ist ein doch sehr wachstumsbasiertes Versprechen, das auf materieller Gleichheit beruht und auch über den Sozialstaat institutionalisiert wurde. Nicht umsonst ist die Postwachstumsdebatte innerhalb der Sozialdemokratie auch nicht ganz einfach. Matteo, wie versucht die SP, diese Diskussionen und Überlegungen trotzdem aufzunehmen?

Mattea Meyer: Auch historisch betrachtet waren wir nie die BIP-Partei, sondern die Partei für ein gutes Leben für alle. Sicherlich gibt es in der Geschichte der Sozialdemokratie auch Beispiele wie die SPD, die sehr lange den Kohleausstieg bekämpft hat, weil sie sagte, sonst gehen Arbeitsplätze verloren. Aber die Sozialdemokratie in der Schweiz hat seit Jahrzehnten den Umweltschutz und die Klimagerechtigkeit ins Zentrum ihrer Politik gestellt, und das auch sehr konsequent mit einer sozialdemokratischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik verknüpft. Ein sozial-ökologischer Umbau schafft ja auch sehr viel Wohlstand, aber halt mit einer nachhaltigen und nicht-zerstörerischen Perspektive. Deshalb muss es uns als SP auch gelingen, sehr viel stärker verschiedene Wirtschaftsgebiete nicht einer Profitlogik zu unterwerfen, sondern als Gemeingut im Rahmen eines Service public auszubauen. Ich habe vorhin das Beispiel der Pflegearbeit genannt. Diese Arbeit ist nicht skalierbar, sie kann nicht wie eine Zitrone ausgepresst werden. Sie verhält sich nicht gleich wie Fliessbandarbeit. Man kann ein Kind nicht schneller betreuen und es wächst dann auch schneller. Das ist für das heutige kapitalistische System ein Problem. Deshalb liegt unser Fokus sehr stark darauf, dass die Zukunft dem Service public und der Sorgearbeit, die heute unbezahlt oder schlecht bezahlt vor allem von Frauen geleistet wird, gehört.

Balthasar Glättli: Die SP hat immer noch einen der besten Slogans, der das Programm der Partei gut zusammenfasst: «Für alle statt für wenige». Wir hatten 2015 einen Slogan, der meiner Ansicht nach das grüne Parteiprogramm auch sehr gut zusammenfasst: «Besser statt mehr». Das zeigt schon die unterschiedlichen Bezugspunkte. Und am Ende braucht es beides. «Besser statt mehr», und zwar «für alle statt für wenige». Historisch gesehen ist das die Schnittlinie zwischen alter und neuer Linken. Die postmaterialistischen Themen sind mit der neuen Linken gekommen, und natürlich ist diese neue Linke auch in der SP präsent, in der Schweiz bereits länger als in anderen sozialdemokratischen Parteien. Aber Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre waren es auch namhafte SP-Politiker, die den Ausbau der Atomkraft gefördert haben. Man sagte, es brauche unbegrenzte Energie, um die Industrialisierung voranzutreiben für den allgemeinen Wohlstand. Und teilweise gibt es diesen positiven Bezug auf Wachstum und Konsum innerhalb der SP ja bis heute, und zwar parallel zur Wachstumskritik. Wenn beispielsweise der Kampf

gegen die Mietexplosion und für Mindestlöhne damit begründet wird, dass dieses Geld die Wirtschaft ankurbelt. Ich denke wir alle sind irgendwie in zwei unterschiedlichen Diskussionssträngen gefangen. Wenn wir wirklich einen Schritt weiter kommen wollen, dann müssen wir ein Bild finden, das beides zusammenbringt, soziale Gerechtigkeit und das «menschliche Mass», was das Materielle anbelangt.

Mattea Meyer: Ich würde gerne nochmals ergänzen: Wenn man die These in den Raum stellt, dass es das gute Leben nur mit mehr Wachstum gibt, dann würde ich dem schon auch widersprechen. Wir haben heute in der Schweiz eine geradezu absurde Reichumsverteilung. Wenn man das einfach gerechter rückverteilen würde, hätte man ohne irgendwelche Wachstumssteigerungen ein besseres oder gutes Leben für alle erreicht. Mit einer Existenzsicherung, mit bezahlbaren Mieten, mit gesteigerter Lebensqualität, weil mehr öffentliche Räume geschaffen werden können, mehr Umweltschutz möglich ist. Also es gibt hier schon nicht einfach ein Gegeneinander.

Balthasar Glättli: Aber ich glaube trotzdem, du hast es mit dem Thema Gemeingüter/Commons und Service public ja angesprochen, dass wir immer daran denken müssen, unter welchen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen diese Umverteilung dann vorgenommen wird. Wenn man nur sagt, dass der Reichtum umverteilt werden muss, und die Armen am Schluss ein paar Franken mehr im Portemonnaie haben für den Konsum, dann ist das ja nicht das Ziel. Die Frage ist, wie wir allen Menschen eine gleiche Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen können.

DIE «WEGWERFGESELLSCHAFT» ALS PROBLEM

Pascal Zwicky: Ich denke, die Diskussion macht deutlich, wie schwierig es ist, für Sozialdemokrat*innen ebenso wie für Grüne, den Status quo in die notwendige Richtung zu verändern. Apropos schwierig: Die Herausforderung heute besteht ja nicht einfach darin, das Wachstumslevel zu halten und gerechter zu verteilen. Eigentlich muss der materielle Ressourcenverbrauch massiv gesenkt werden. In den Postwachstumsdebatten tauchen deshalb auch immer wieder die Begriffe Suffizienz oder Verzicht auf. Lässt sich damit Politik machen?

Balthasar Glättli: Ich habe 2015 eine 1.-Mai-Rede in Uster gehalten und dort versucht, andere Begriffe zu finden. Also nicht von Verzicht sprechen, sondern die «Wegwerfgesellschaft» kritisieren. In dieser Rede habe ich Ilija Trojanow zitiert, der einmal geschrieben hat: «Die Schattenseite des Überflusses ist der überflüssige Mensch.» Seine Kritik am Überfluss hat er mit der treffenden Feststellung verbunden, dass das aktuelle System Menschen nur danach bemisst, inwieweit sie verwert-

bar sind, als Arbeitskräfte oder als Konsument*innen. Und alle, die da rausfallen, sind die Überflüssigen, die haben keinen Zweck. Und das ist wohl auch eine ethische Frage, bei der man in die Zeit vor Marx zurückmuss: Was ist der Wert des Menschen, was der Wert der Gesellschaft? Aus meiner Sicht ist der stärkste Wert der Gesellschaft das Zusammenleben. Als politische Wesen, getreu Aristoteles, können wir frei darüber bestimmen, wie wir dieses Zusammenleben organisieren möchten. Es gibt keine natürliche Grenze bei der Frage, ob die Ehe nur für Hetero-Paare offensteht oder auch für andere. Aber es ist eine falsche Freiheit, zu denken, man könne die materiellen Grenzen, die physikalischen Grenzen der Erderwärmung, einfach ohne Folgen ignorieren. Im physikalischen Bereich gibt es Freiheit nicht, da gibt es Naturgesetze. Für mich ist die Frage, wie wir allen die notwendige materielle Grundsicherung geben können, damit wir möglichst viel Lebenszeit auf das verwenden können, was uns zu Menschen macht, nämlich soziale Wesen zu sein.

Mattea Meyer: Mir gefällt dieser Begriff der Wegwerfgesellschaft oder der Verschwendung. Es geht ja um Überfluss, das Masslose, das Gefühl zu haben, fünfmal pro Jahr auf die Malediven fliegen zu müssen. Ich denke die Antwort darauf kann und darf nicht sein: «Schliess dich in deinem Zuhause ein und treffe niemanden mehr und dann bist du ein guter Mensch.» Eine politische Antwort muss sein, den internationalen Bahnverkehr auszubauen, damit man zumindest in Europa weniger fliegen muss. Es gibt aber auch im konkreten politischen Alltag Beispiele, die zeigen, dass weniger eben auch mehr bedeuten kann. Nehmen wir den gemeinnützigen Wohnungsbau. Die Anzahl Quadratmeter Wohnfläche pro Person ist bei diesem massiv kleiner als im kommerziellen Wohnungsbau. Eine 300-Quadratmeter-Villa für ein Ehepaar, das ist wirklich Verschwendung und ein Problem. Genossenschaften, die mit sehr viel weniger Wohnfläche eine sehr viel höhere Lebensqualität erreichen, weil sie eben die sozialen und ökologischen Aspekte in den Lebensalltag integrieren, sind sehr konkrete und reale Anknüpfungspunkte. Man fragt sich dann nicht, ob man auf etwas verzichten muss, sondern merkt, dass man ein besseres Leben hat in einer Wohnbaugenossenschaft.

Wo wir als Linke aber schon auch ehrlich sein müssen: Die Art und Weise, wie wir hier in der Schweiz leben, ist in einer globalen Perspektive ausbeuterisch, Stichwort «Imperiale Lebensweise». Wir leben auf Kosten von Menschen in benachteiligten Regionen und der Zukunft. Und wenn wir es national anschauen, dann lebt das reichste eine Prozent noch sehr viel stärker auf Kosten von allen anderen.

Balthasar Glättli: Es geht nicht darum, dass du ein besserer Mensch sein musst, sondern es geht darum, dass wir als Gesellschaft uns und unser Wirtschaften so organisieren müssen, dass das produziert wird, was uns wirklich Wohlstand bringt und nicht das kaputt gemacht wird, was unsere Lebensgrundlage ist. Die moralische Diskussion darüber, was man muss oder nicht mehr darf, führt uns in die Irre.

Die wichtige Diskussion ist, wie wir Strukturen, Infrastrukturen und die Produktion verändern. Der Unterschied zwischen Kopenhagen und Zürich ist nicht, dass es in Kopenhagen ganz viele bessere Menschen gibt, die aufs Velo umsteigen. Der wesentliche Unterschied liegt in der Infrastruktur, die das ermöglicht und es attraktiv macht, mit dem Velo unterwegs zu sein.

Pascal Zwicky: Die Beziehung zwischen Strukturen und individuellem Verhalten, Verhaltensänderungen, ist auch ein gewisses Spannungsverhältnis. Natürlich sehe ich die Bedeutung der strukturellen Dimension, die uns auch in eine gewisse Lebensweise zwingt. Gleichzeitig gibt es aber, wenn ich jetzt auf mein Leben schaue, ja doch auch im Bestehenden Spielräume, um das eigene Verhalten zu ändern.

Mattea Meyer: Ich glaube auch, dass sich jede und jeder von uns überlegen kann, was der persönliche Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit oder weniger Verschwendung sein soll. Aber in diesem Thema steckt auch eine sehr klare Klassenperspektive. Heute wird quasi diese ganze Verantwortung auf das Individuum abgeschoben. Und es ist für eine Person ohne Geldsorgen sehr viel einfacher, sich ökologisch und nachhaltig zu verhalten, weil sie Bio-Produkte kaufen kann, weil sie vielleicht auch einfach mehr Zeit hat, um sich zu informieren, was überhaupt nachhaltige Produkte sind. Sie kann länger Ferien machen und statt des Flugzeugs den Zug nehmen, um gemächlich an die südspanische Küste zu reisen. Auch hat sie vielleicht generell mehr Erholungszeit und muss nicht in der einen Ferienwoche am Meer die ganze Energie für die Arbeitszeit holen. Menschen mit existenziellen Sorgen können sich solche Fragen in ihrem Alltag schlichtweg sehr viel weniger stellen. Als Linke müssen wir dieses Bewusstsein dafür, was es heisst, eine solche Verantwortung dem Individuum aufzuladen, unbedingt haben. Damit werden nicht zuletzt gesellschaftliche Spaltungen befördert, die für die Bewältigung der Krisen, mit denen wir uns konfrontiert sehen, sicherlich nicht hilfreich sind.

Balthasar Glättli: Die Transformation schaffen wir nur gemeinsam! Und nicht einsam, jede und jeder für sich. Das ist die neoliberale Zerstörung der Politik, wenn man sagt, dass die Transformation der Gesellschaft die Verantwortung jedes Einzelnen in seinen Konsumhandlungen ist. Natürlich haben viele Menschen den Anspruch an sich, in ihrem Handeln eine gewisse Kohärenz zu haben. Aber wenn es darum geht, wie wir die Gesellschaft verändern, wie wir Politik machen, dann sind wir als Bürger*innen angesprochen, nicht als Konsument*innen. Als Citoyen. ne.s, nicht als Bourgeois.es. Das ist ja auch der Charme dieser Unterscheidung: Ich kann mich politisch dafür einsetzen, dass die Umstände sich so ändern, dass Waren oder Tätigkeiten, die auch ich nutze, ihren richtigen Preis haben. Aber es reicht nicht, dass ich einfach nur selbst sage, ich verzichte – und die anderen konsumieren es weiter.

VERBOTE ALS TEIL DER LÖSUNG

Mattea Meyer: In der neoliberalen Logik wird die Verantwortung auf das Individuum abgewälzt. Du kannst dich frei dafür entscheiden, ob du das Bio-Fleisch, das vegane Würstchen oder das Fleisch aus Mastproduktion im Ausland kaufst. Und ich sehe unsere Aufgabe als politische Parteien darin, Wege zu finden, dass diese Entscheidung und Verantwortung nicht mehr beim Individuum liegen, sondern dass Fleisch nicht mehr in unwürdiger, ausbeuterischer und umweltzerstörerischer Art und Weise hergestellt wird.

Balthasar Glättli: Genau. Wir haben die Kinderarbeit auch nicht über ein Label oder eine Steuer abgeschafft, sondern indem wir sie verboten haben.

Mattea Meyer: Das Gleiche gilt mit Blick auf das eingangs erwähnte CO₂-Gesetz auch für Kurzflüge: Verbieten, aber für alle. Auch für den Millionär. Und stattdessen bauen wir das Nachtzugnetz aus und machen es für alle verfügbar.

Pascal Zwicky: Unser Leben ist voller Widersprüche. Es braucht deshalb wohl dieses Gesamtpaket: Menschen, die ihr Verhalten ändern und Druck aufsetzen; Politik, die reagiert; aber auch eine Politik, die vorangeht, wenn es unbequem wird. Die Menschen mitnehmen, selbstverständlich. Aber man kann ihnen auch etwas zutrauen.

Mattea Meyer: Ich denke, gerade im ökologischen Bereich funktioniert vieles auch über Verbote. Das haben wir in der Vergangenheit gesehen, etwa beim Verbot des ozonschädlichen FCKW. Die SVP versucht, eine umweltbewusste, städtische Elite gegen die Menschen auf dem Land auszuspielen, die dann mehr fürs Autofahren zahlen müssen. Dem müssen wir uns widersetzen. Und gleichzeitig sollten wir uns bewusst sein, dass gerade diejenigen Menschen mit guter Ausbildung und aus einer höheren sozioökonomischen Schicht nicht zwingend die sind, die die Umwelt am wenigsten schädigen. Aus dem einfachen Grund, dass ihnen mehr Ressourcen für Freizeitaktivitäten, Reisen oder Konsum zur Verfügung stehen. Dieses Bewusstsein für soziale, für Klassenunterschiede müssen wir immer wieder in die Diskussion mitnehmen.

Pascal Zwicky: Ich würde da gerne anknüpfen und nochmals explizit auf die internationale Dimension eingehen. Wir leben in einer globalen Klassengesellschaft. Die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen sprechen in ihren Arbeiten von einer imperialen Lebensweise im globalen Norden, die sich historisch herausgebildet hat und auf Kosten von Dritten (v.a. im globalen Süden) und der Natur geht. Diese Lebensweise ist zunehmend auch ein erreichbares Leitbild für aufstrebende Schichten in Ländern wie China, Indien oder auch in Afrika – was gerade

mit Blick auf die Klimaerwärmung natürlich ein Problem ist. Wie ist damit umzugehen? Man kann diesen Menschen jetzt ja nicht einfach sagen, dass sie nicht mehr am materiellen Wohlstand teilhaben können, weil die ökologischen Grenzen leider erreicht seien. Oder kann man das?

Balthasar Glättli: Aus meiner Sicht haben diejenigen, die diesen Standard gesetzt haben, auch eine grössere Verantwortung. Das wird mit der Formulierung der «gemeinsamen, aber je unterschiedlichen Verantwortung» auch im Klimaabkommen und in anderen Abkommen explizit angesprochen. Selbst bei neoliberalen Modellen, bei wirtschaftlichen Anreizen wie der Bepreisung von CO₂ oder im *Cap and Trade* steckt die Idee drin, dass jede Person oder jedes Unternehmen das gleiche CO₂-Budget hat. Also weltweit, und nicht nur in der Schweiz. Wichtig ist auch, dass diese Täuschung, wie gut wir sind, aufgehoben wird. «Unser» CO₂ wird massgeblich in China produziert und ist nicht den Chines*innen, sondern unserer Nachfrage anzulasten.

Mattea Meyer: Ich mag mich an meinen Geografielehrer erinnern, der sich grausam darüber empört hat, dass Entwicklungsgelder «verschwendet» werden, um TV-Satellitenschüsseln statt Lebensmittel zu kaufen. Aber es liegt ja wirklich nicht an uns, die wir seit vielen Jahrzehnten, Jahrhunderten von der Ausbeutung des globalen Südens profitieren, darüber zu urteilen, was die Menschen im globalen Süden nun dürfen oder nicht. Ich glaube, der erste Schritt ist die Anerkennung der Tatsache, dass Länder wie die Schweiz, als einer der globalsten Finanz- und Rohstoff-Handelsplätze, unglaublich viel Elend produzieren auf dieser Welt. Was wir politisch machen können, ist den Hebel bei uns anzusetzen und die hier ansässigen Grosskonzerne dazu zu bringen, Steuern zu bezahlen, ihre ausbeuterische Unternehmensweise zu stoppen und den Menschen im globalen Süden ein gutes Leben zu ermöglichen. Natürlich hoffe ich, dass dieses gute Leben nicht auch eine verschwenderische und ausbeuterische Lebensweise ist. Deshalb müssen wir darauf hinarbeiten, dass diese Gemeingutstruktur auch in anderen Ländern (wieder) gestärkt wird und sie nicht gleichermassen der kapitalistischen Profitlogik unterworfen werden.

Balthasar Glättli: Da steht der gesamte globale Norden in der Verantwortung. Wenn wir mit all unseren finanziellen Ressourcen keinen Systemwechsel hinkriegen, der Benachteiligungen abfedert und alle mitnimmt, dann sind wir definitiv nicht in der Position, um anderen zu diktieren, wie sie es machen müssen. Wir müssen vielmehr unsere eigenen negativen globalen Einflüsse stoppen. Auch wenn wir die Konzernverantwortungsinitiative knapp verloren haben, glaube ich, dass es durchaus möglich ist, in diesem Bereich des Finanzplatzes und der Grosskonzerne zu politischen Lösungen zu kommen.

Mattea Meyer: Als SP haben wir ja auch einen internationalistischen Anspruch. Ich denke, bei den Grünen ist das ebenfalls so, und wir können als Partei und Bewegung noch stärker mit Akteuren aus Ländern des globalen Südens zusammenarbeiten. Diese verfolgen ja dieselben Ziele einer sozialen und nachhaltigen Wirtschaft. Da haben wir noch Luft nach oben. Die Klima- oder Frauenstreikbewegung zeigen ja sehr gut, wie stark und schlagkräftig man werden kann, wenn man sich auch international vernetzt.

Balthasar Glättli: Es gibt dieses Manifest der Global Greens. Was mich extrem erstaunt hat, ist, wie gross der gemeinsame Vorrat an Werten und Zielen dieser grünen Parteien ist, die aus sehr unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten kommen. Das ermutigt mich auch, dass es eine Bewegungsdynamik gibt, und zwar nicht nur im globalen Norden: für ein gutes Leben, für den Respekt vor Mensch und Natur, für eine solidarische und offene Gesellschaft. Wir haben die Angewohnheit, und der Neoliberalismus trägt dazu bei, dass ein bestimmtes, von der Wissenschaft überhaupt nicht gestütztes Menschenbild als quasi natürlich vorausgesetzt wird: der Mensch als egoistischer Nutzenmaximierer. Das ist nicht so – und trotzdem glauben alle daran. Ideologie eben. Deshalb ist die öffentliche Debatte so wichtig. Es gilt, blinde Flecken anzusprechen und zu zeigen, dass es einen Reichtum an Gemeinschaftlichkeit gibt, den wir erschliessen können. Zentral ist auch die Frage, inwieweit wir das, was wir heute auch positiv sehen an unserer Gesellschaft – Menschenrechte, das Streben nach Gleichberechtigung, eine materielle Grundsicherung – in eine postfossile Welt hinüberretten können, obwohl es ganz klar ein Kind des fossilen Zeitalters ist.

MENSCH, GESELLSCHAFT, NATUR

Pascal Zwicky: Balthasar, du hast die blinden Flecken angesprochen. Ein weiterer blinder Fleck ist wohl auch das Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Natur. Wie begreift man das in angemessener Weise? Es gibt den cartesianischen Blick, der Mensch und Natur strikt trennt – und die Natur damit zur Ausbeutung und Zerstörung freigibt. Also das, was dem jahrhundertealten «westlichen» Entwicklungsmodell zugrunde liegt. Auf der anderen Seite die Perspektive eines eng verwobenen Beziehungsnetzes von menschlicher und nicht-menschlicher Natur. So wie es heute teilweise in indigenen Kulturen auch noch gelebt wird. Wir sind diese Diskussion nicht so gewohnt, teilweise befürchtet man vielleicht auch, dass es ins Esoterische kippt. Seht ihr Anknüpfungspunkte für die Politik?

Mattea Meyer: Ich finde es eine schwierige Frage. Am ehesten sehe ich da Anknüpfungspunkte, wo man realisiert, dass die übermässige Aneignung der Natur – das Betonieren von Flussläufen, die Abholzung von Wäldern – unsere Existenz, unser

Leben direkt gefährdet. Das hat man diesen Sommer ja auch weltweit erfahren bei den Unwettern, den Waldbränden, den Hitzewellen. Wenn man merkt, wie gewaltig die Natur ist, kann eine Art «Demut» aufkommen. In solchen Situationen kann und soll die Politik durchaus auch betonen, wie wichtig Naturschutz und Biodiversität wirklich sind. Bei anderen Konzepten wie *Buen vivir* oder *Mutter Erde*, bei Erfahrungen indigener Bevölkerungen, ist es schwieriger. Das sind hierzulande, in unserem politischen Raum, kaum verankerte Konzepte.


Balthasar Glättli: Diese ganze Frage, wie man Gesellschaft und Natur konzeptualisiert, ist etwas, das mich sehr umtreibt. Ich habe aber noch keine definitiven Antworten gefunden. Auf der einen Seite bin ich ganz klar für das, was die Gründer*innen der Schweizer GRÜNEN eine *écologie humaniste* nannten. Es gibt ja auch eine menschenfeindliche Ökologie, so diese Sprüche: «Die Erde hat eine Krankheit. Sie heisst Mensch». Ich und die GRÜNEN Schweiz sind ganz klar nicht in dieser Tradition. Konkret spiegelt sich das dann ja in einem Überbevölkerungsdiskurs wie der Ecopop-Initiative. Gleichzeitig gibt es zwei unterschiedliche Konzepte, die mich beschäftigen: zum einen das des Anthropozäns, wonach es die Natur als Gegenüber des Menschen nicht mehr gibt. Wir haben einen derartigen Einfluss auf alle Ökosysteme, auf die Biosphäre, dass es keine «unberührte Natur» mehr gibt. Das bürdet uns dann aber eine sehr hohe Verantwortung auf. Und dann gibt's diese von Bruno Latour und anderen geprägten Ansätze, wonach wir den Tisch, an dem diskutiert wird und an dem Entscheidungen getroffen werden, vergrössern müssen. Latour spricht von einem «Parlament der Dinge». Eine davon abgeleitete Idee ist, dass es eben auch ein Recht der Natur geben soll. Dazu gibt es auch überparteiliche Vorstösse. Das ist ja spannend. Einerseits hat es etwas sehr Modernes, andererseits hat es auch einen irgendwie esoterischen Beigeschmack. In der Summe finde ich: Ja, Gletscher sollen klagen können. Es gibt auch andere Rechtssubjekte, die klagen können, ohne ein Mensch zu sein: Unternehmen. Wenn Firmen klagen können, weshalb sollen Gletscher nicht klagen können? Aber die Frage, wie Natur gedacht werden soll [...], die habe ich für mich nie abschliessend geklärt.

Pascal Zwicky: Ich möchte zum Schluss nochmals konkreter werden. Der neueste Bericht des Weltklimarats hat ja die Dringlichkeit eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels nochmals untermauert. Vor diesem Hintergrund: Welche gemeinsamen rot-grünen politischen Projekte gibt es? Womit seid ihr aktuell beschäftigt?

Mattea Meyer: Ein konkretes gemeinsames Projekt ist sicherlich eine Finanzplatzinitiative, die angedacht ist. Es braucht einen sozial-ökologischen Finanzplatz, der eben nicht mehr auf der Abholzung von Regenwäldern oder der Extraktion von Erdöl basiert, sondern eine nachhaltige Perspektive verinnerlicht hat. Zusätzlich

sind wir daran, diesen Service-public-Gedanken auszuweiten am Beispiel von Kinderbetreuungsplätzen.

Balthasar Glättli: Ich glaube auch, dass das Thema der Kinderbetreuung wichtig ist. Wir machen uns Gedanken zu einer Initiative für eine Elternzeit von 18 Wochen pro Elternteil. Das hat natürlich auch einen starken gleichstellungspolitischen Effekt. Zudem bin ich der Überzeugung, dass wir mehr in den Kategorien von Zeitwohlstand als materiellem Wohlstand denken sollten: Wir müssen von Arbeitszeitverkürzung sprechen, nicht von Rentenaltererhöhung. Zudem erachte ich persönlich das Projekt einer bedingungslosen existenziellen Grundsicherung für alle Menschen nach wie vor als zentral.

Mattea Meyer: In Ergänzung zu solchen Projekten auf der nationalen Ebene sind wir schon auch gefordert, in den politischen Räumen, in denen wir über Mehrheiten verfügen, wirklich konkret an diesem sozial-ökologischen Umbau mitzuarbeiten. Namentlich in rot-grün regierten Städten. Durch einen ökologischen Ausbau der öffentlichen ökologischen Infrastruktur, durch eine Förderung des gemeinnützigen und weniger raumgreifenden Wohnungsbaus, durch einen Ausbau der Kita-Plätze und so weiter. Ich glaube da gibt es zahlreiche Möglichkeiten, um wirklich neue Realitäten zu schaffen. 

Das Gespräch fand am 10. September 2021 in Zürich statt. Eine ungekürzte Version ist als Video und Audio-Podcast auf www.denknetz.ch abrufbar.